# Vorhabensbezogener Bebauungsplan "Hohe Straße" Stadt Kahla



Saale-Holzland-Kreis Landratsamt

Die Genehmigung erfolgte unter Nr. BLS 2022/1392

Eisenberg, den 18.12.2024

# Teil B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

# PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. GEGENSTAND DER SATZUNG

(§ 12 Abs. 3 BauGB) Der vom Vorhabensträger vorgelegte Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage A), bestehend aus dem Lageplan und den Ansichten des Vorhabens sowie dem Plan über die einbezogene Fläche sind Bestandteil dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

2. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 12 Abs. 3a BauGB i.V.m. § 4 BauNVO) 2.1 Gebietsbezeichnung: Das Gebiet wird gemäß § 4 Abs. 1 BauNVO als Allgemeines

Wohngebiet festgesetzt. 2.2 Zulässig sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO Wohngebäude,

Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke. Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m.

§ 1 Abs. 5 BauNVO werden ausgeschlossen. 2.3 Ausnahmen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 6 BauNVO werden ausgeschlossen. 2.4 Im Bereich des Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschießungsplan sind nur die

Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag

3. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 Abs. 3 BauNVO)

Die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan angegebenen Werte werden als Höchstwerte

3.1 Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) und die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt.

4. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 22 Abs. 2 und § 23 Abs. 2, 3 und 5 Satz 2 BauNVO) 4.1 offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

Im Plangebiet wird eine offene Bauweise festgesetzt Die Gebäude sind mit einem seitlichen Grenzabstand als Einzel-, Doppelhäuser oder Hausgruppen gemäß Planeinschrieb bis max. 50 m Länge zu errichten.

4.2 überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 Abs. 1 Satz 1 BauNVO) Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen festgesetzt.

4.3 Innerhalb des Plangebietes können Überschreitungen der Baugrenzen durch Balkone und Loggien um bis zu 1,5 m zugelassen werden.

5. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, GARAGEN, CARPORTS UND SONSTIGE NEBENANLAGEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und § 23 Abs. 5 BauGB) 5.1 Zulässige Anordnung 5.1.1 Garagen und Carports gemäß § 12 BauNVO können an das zugehörige Wohngebäude

angebaut werden und sind innerhalb der nicht überbaubaren Fläche zulässig. 5.1.2 Nebenanlagen gemäß § 14 (1) BauNVO und Nebenanlagen zur Gartengestaltung wie z. B. Pergolen, Lauben und Geräteschuppen sind in der nicht überbaubaren Grundstücks-

6. GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTE (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

6.1 Mit Rechten zu belastende Fläche zugunsten: - Geh- und Fahrrecht 1 (GF1) zugunsten der Flurstücke 866/2 und 866/11, Flur 3 Kahla, - Geh- und Fahrrecht 2 (GF2) zugunsten des Flurstückes 866/2, Flur 3 Kahla. - Geh- und Fahrrecht 3 (GF3) zugunsten des Flurstückes 866/11, Flur 3 Kahla, - Leitungsrecht 1 (L1) zugunsten des Zweckverbandes zur Wasserver- und Abwasserentsorgung

der Gemeinden im Thüringer Holzland, TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG und der

Deutschen Telekom Technik GmbH, - Leitungsrecht 2 (L 2) zugunsten der Deutschen Telekom Technik GmbH. - Leitungsrecht 3 (L 3) zugunsten der Flurstücke 866/2 und 866/11, Flur 3 Kahla.

7. UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN

(§ 9 Abs.1 Nr. 4 und 22 BauGB) Die Gemeinschaftsanlagen mit der Zweckbestimmung Müllentsorgung "GMüll 1" ist dem WA 2 zugeordnet, die Zweckbestimmung Müllentsorgung "GMüll 2" ist WA 3 zugeordnet. Die Gemeinschaftsanlagen mit der Zweckbestimmung "Feuerwehr" sind nach § 5 ThürBO herzustellen und zu unterhalten. Eine Freihaltung von Schnee, Eis und unerwünschtem Bewuchs ist abzusichern sowie wie ein regelmäßiger Grünschnitt auf den Flächen durchzuführen.

8. FLÄCHEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

(§ 9 Abs.1 Nr. 20 und 25 BauGB)

maßgeblichen Außenlärmpegel rechnerisch nachzuweisen.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

8.1 Grünordnerische Maßnahmen 8.1.1 Zur Eingrünung sind je angefangene 400 m² überbaubare Baugrundstücksfläche (GRZ + Nebenanlagen) min. ein standortgerechter Laubbaum (Mindestqualität: Hochstamm, Kronenansatz ab 180 cm, Stammumfang 12-14 cm und 10 standortgerechte Sträucher (Mindestqualität v. Str. 3 Tr, H = 0,60 m - 1 m) innerhalb des Geltungsbereichs anzupflanzen und langfristig zu erhalten.

8.1.2 Die nicht überbaubaren bzw. nicht für Nebenanlagen gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO nutzbaren Grundstücksflächen sind im Sinne einer Gartenfläche anzulegen, zu erhalten und zu pflegen. 9. BAULICHE VORKEHRUNGEN ZUM IMMISSIONSSCHUTZ

Gutachten Tabelle A-2 (Schallimmissionsprognose Bericht-Nr.: 01723-P-I) berechneten

Zum Schutz gegenüber Außenlärm sind die erforderlichen bewerteten Bau-Schalldämm-Maße der Außenbauteile schutzbedürftiger Aufenthaltsräume auf Grundlage der im Schalltechnischen

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 ThürBO)

1. ÄUßERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

(§ 88 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO) 1.1 Gebäudegestaltung Als Baugruppe gelten in Grenzbebauung errichtete Nebengebäude und Nebenanlagen sowie Doppelhäuser. Baugruppen sind in Höhe und Breite aufeinander abzustimmen, ebenso hinsichtlich

Wand- und Dachmaterial sowie in der Farbgestaltung. Alle Hauptgebäude müssen mit Flachdach ausgebildet werden. Für Garagen und untergeordnete

Nebengebäude sind nur Flachdächer zulässig. 2. EINFRIEDUNGEN

Falls Einfriedungen erforderlich sind, sind diese aus Holz oder Metall mit einer maximalen Höhe

von 1.8 m oder als Hecke aus heimischen Gehölzen zu realisieren.

3. MÜLLTONNENSTANDPLATZ (§ 88 Abs. 1 Nr. 4 ThürBO)

Der festgesetzte Mülltonnenstandplatz ist in geeigneter Weise einzuhausen oder mit Hecken zu umpflanzen und vor Einsicht abzuschirmen.

HINWEISE

1. Erdaufschlüsse (Erkundungs- und Baugrundbohrungen, Grundwassermessstellen, geophysikalische Messungen) und größere Baugruben sind der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie frühzeitig anzuzeigen, um die geologische Wissensbasis in diesem

2. Für alle neu zu pflanzenden Bäume ist dauerhaft ein durchwurzelbarer Raum von mindestens 12 mº bei einer Breite von mindestens 2 m zu gewährleisten. Die Wurzelbereiche sind durch geeignete Maßnahmen dauerhaft luft- und wasserdurchlässig zu erhalten. Alle Neupflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Bei Ausfällen ist gleichwertiger Ersatz zu leisten.

3. Notwendige Baumfällungen und Strauchrodungen sind außerhalb von Brut- und Aufzuchtzeiten der Avifauna vom 01.10. bis 28.02. d. J. durchzuführen (§ 39 (5) BNatSchG).

4. Vor den Fällungen sind Kontrollen auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten durchzuführen; bei Betroffenheit sind geeignete vorgezogene Ausgleichmaßnahmen festzulegen (z. B. Schaffung von Ersatzhabitaten).

5 Es wird empfohlen eine Regenwassernutzung über Zisternen vorzusehen. Die Regenwassernutzung über Zisterne wird die Bilanzierung positiv beeinflussen. Vor der Versickerungsanlage ist ein Kontrollschacht anzuordnen. Die Versickerungsebene ist in der Baugrundschicht Nr. 2 Terrassenkies festzulegen. Ggf. ist ein Baugrundgutachter zur örtlichen Festlegung hinzuzuziehen. Sollten im konkreten Versickerungsbereich ein von der beschriebenen geotechnischen Situation abweichender Schichtenaufbau angetroffen werden, ist der Gutachter zu informieren.

# RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist.

Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist.

Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Thüringer Bauordnung (ThürBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.03.2014 (GVBI. 2014, 49), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. Juli 2022 (GVBl. S. 321).

# LEGENDE

ART UND MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Erläuterung der Nutzungsschablone Grundflächenzahl Art der baulichen Zahl der Vollgeschosse Bauweise

WA

Dachform

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Grundflächenzahl

(§ 16 und § 19 BauNVO)

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

- überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche (§ 23 BauNVO) (§ 23 BauNVO)

offene Bauweise

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

private Straßenverkehrsfläche



Straßenbegrenzungslinie

FLÄCHEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ. ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN) (§ 9 Abs.1 Nr.20 und 25 BauGB)



anzupflanzende Laub- oder Obstbäume

# SONSTIGE PLANZEICHEN

des vorhabenbezogenen Bebaungsplanes

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Vorhaben- und Erschließungsplanes

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche:

-GF1

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB) Geh- und Fahrrecht 1

Gehrecht 1

Leitungsrecht 1 Leitungsrecht 2

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

Zweckbestimmung:

Abholplatz nur für WA 2 Stand- und Abholplatz nur für WA 3

befestigter Aufstell- und Fahrbereich der Feuerwehr

0 Spielanlage

> Umgrenzungen der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)

AAA

Maßnahme 1 Carport gemäß Schallimmissionsprognose Bericht-Nr.: 01723-P-I Maßnahme 2 Lärmschutzwand Höhe 1,5 m gemäß Schallimmissionsprognose

Höhenlage bei Festsetzungen (§ 9 Abs. 2 und 6 BauGB

# HINWEISE

Gemarkungsgrenze als Begleitsignatur

Flurstücksgrenze

vorhandenes Gebäude (außerhalb des Geltungsbereiches)



Maßangabe in Meter

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

(§ 9 Abs. 7 BauGB)

(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

(§ 1 Abs. 4 Nr. § 16 Abs. 5 BauNVO)

Leitungsrecht 3

Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen

Müllentsorgung als

Bericht-Nr.: 01723-P-I

Höhenpunkte Gartenstraße, Höhe über dem Deutschen Haupthöhennetz



Flurgrenze als Begleitsignatur

Flurstücksnummer

zu rodende Bäume



Liegenschaftskatasters nach dem Stand vom 15.08.2024 überein

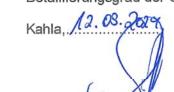
Landesamt für Vermessung und Geoinformation,

3. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 07.07.2023. unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und

1. Die Darstellung der Grenzen und die Bezeichnung der Flurstücke innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans stimmen mit dem derzeitigen Nachweis des

i. k. Dr. Heiro Er

2. Der Stadtrat der Stadt Kahla hat am 29.09.2022 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung



VERFAHRENSVERMERKE

Datum 22, 08,2024

Katasterbereich Pößneck



4. Am 29.09.2022 wurde der vorhabenbezogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen sowie den Vorhaben- und Erschließungsplan, gebilligt und die Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen, sowie und vom 13.07.23 bis 11.08.23 während der Dienststunden nach § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden im Amtsblatt der Stadt Kahla am 13.07.23 ortsüblich bekanntgemacht. Weiterhin erfolgte der Hlnweis, dass Anregungen von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können. Die Behörden und sonstigen berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 07.07.23 von der Auslegung benachrichtigt und gemäß § 4 (2) BauGB zur Abgabe ihrer Stellungnahme aufgefordert worden.



5. Der Stadtrat der Stadt Kahla hat die abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen berührten Träger öffentlicher Belange am 7 11 24 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.



6. Der Stadtrat der Stadt Kahla hat am 7.11.24 den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde vom Stadtrat der Stadt Kahla gebilligt.



7. Der Bebauungsplan wurde der Rechtsaufsichtsbehörde des Saale -Holzland-Kreises gemäß § 10 Abs. 2 BauGB am .2.7...1.24zur Genehmigung vorgelegt. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat eine Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend



Ausfertigung Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Stadtrates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen



tritt der Bebauungsplan in Kraft.

9 Die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist am... im Amtsblatt der Stadt Kahla ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung

Kahla, .....

Der Bürgermeister

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Vorhaben- und Erschließungsplanes mit dem Willen des Stadtrates sowie die Erhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden bekundet.



Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hohe Straße" - Satzung

Gemarkung Kahla, Flur 3

Stadt Kahla. Stadtverwaltung Kahla Bauamt Markt 10 07768 Kahla

DATUM Stand: August 2024

PLANGRUNDLAGEN Planzeichnung Teil A1: Automatisierte Liegenschaftskarte. Vermessungsstelle: Stadtverwaltung Kahla, Vermessungsamt

PLANVERFASSER schriewer+schriewer Büro für urbane Entwicklung Am Horn 7 99425 Weimar Tel.: 03643/518630 info@urbane-entwicklung.de

Planzeichnung: M 1:500 im Original